Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50. Bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition: Johannesgasse 8.

Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn) Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 463. **Montag** den 11. September 1893. **87. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Obgleich der Gesundheitszustand unserer Stadt bisher ein durchaus günstiger und zufriedenstellender geblieben ist, so veranlaßt uns doch die Thatsache, daß nicht nur in außerdeutschen Ländern, sondern auch an verschiedenen Orten des deutschen Reichs, so insbesondere in Berlin, Cholerafälle vorgekommen sind, in Verbindung mit dem Umstand, daß zur bevorstehenden Messe ein sehr großer Andrang von Fremden zu erwarten ist, zu der Anordnung,

daß jeder Fall einer choleraverdächtigen Erkrankung ungesäumt bei der Rathswache (im Rathhausdurchgang) anzuzeigen ist.

Insbesondere haben hierzu Diejenigen die Verpflichtung, die Fremde in Zimmern oder Schlafstellen zur Beherbergung aufnehmen bezüglich etwaiger Erkrankungen ihrer Miether oder sonstiger Herbergsgäste.

Wir hoffen, daß unsere Einwohnerschaft im allgemeinen Interesse wie in dem eines jeden Einzelnen dieser Anordnung sorgfältige Beachtung zu Theil werden lasse, damit, wenn **wider Erwarten** ein Krankheitsfall hierher verschleppt werden sollte, die nöthigen Schritte zu dessen Localisirung und zur Verhütung des Weitergreifens der Krankheit sofort getroffen werden könnten;

wir wollen aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß Vermiether der in Absatz 3 dieser Bekanntmachung bezeichneten Art, die die in Absatz 2 vorgeschriebene Meldung unterlassen oder verzögern, insoweit nicht criminelle Ahndung einzutreten hat, mit Geldstrafe bis zu 60 ℳ oder Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden würden.

Leipzig, den 9. September 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krahe-Heidler.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume bleiben **die Stadtcasse und die Stiftungsbuchhalterei am 13. dieses Monats geschlossen.**

Leipzig, den 8. September 1893.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. E. Schulze.

Aufruf.

Um Ermittelung des derzeitigen Aufenthaltsortes des Schlossers **Bruno Nitzsche,** zuletzt in Halle a/S., geboren am 5. April 1880 zu Leipzig, und Nachricht zu den Acten J. V. a. 622/93 wird ersucht.

Halle a/S., den 6. September 1893.

Der Erste Staatsanwalt.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig,** 10. September.

Der **Kaiser hat gestern in Straßburg** durch seine Antwort auf die Begrüßungsansprache des Bürgermeisters Back das Gerücht widerlegt, daß die Kürze seines Aufenthaltes in der „wunderschönen Stadt" mit der Wahl eines socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten in Straßburg zusammenhänge und gewissermaßen eine Strafe für diese Wahl bedeute, eine Strafe, die natürlich die Gegner des Herrn Bebel härter treffen würde, als seine Anhänger. Die Widerlegung dieses Gerüchtes durch den Kaiser selbst kann nur dazu dienen, seine Popularität in denjenigen Kreisen des Elsaß zu erhöhen, die mit den Folgen des Krieges von 1870/71 sich auszusöhnen beginnen und schon bei den vier früheren Besuchen des Kaisers in Straßburg durch sein ganzes Wesen und Auftreten für ihn gewonnen worden sind. Wenn die „Straßburger Post", wie man doch annehmen muß, die Stimmung im Reichslande genau kennt, so ist der Kaiser dort überhaupt schon seit längerer Zeit populärer, als in anderen deutschen Landestheilen. Immer, so heißt es in dem bemerkenswerthen Begrüßungsartikel dieses Blattes, sei das freilich nicht der Fall gewesen.

„Im Gegentheil, als der junge Kronprinz Wilhelm Kaiser und König wurde, da machten sich gerade in Elsaß-Lothringen vielleicht die meisten Befürchtungen geltend. Wohnen doch hier außer den Eingeborenen noch Altdeutsche aus allen Ländern, allen Provinzen der weiten Heimath. Die Stimmung hier ist dadurch vielseitiger, als anderswo; sie wächst nicht nur aus dem Boden des Landes heraus, sondern empfängt noch Anregungen von hüben und drüben, von Preußen und Baden und Sachsen und Bayern und Württemberg, auch — last not least — von Frankreich. Und von überallher hieß es damals laut und leise, offen und versteckt: „Sehr bedenklich; junger Mann; ausschließlich Soldat; rasch, schneidig, hart; kriegerischen Ruhm anstrebend; pietistischen Ideen huldigend; reactionair . . ." Den Enkel des kaiserlichen Greises, den Sohn des kaiserlichen Helden empfing kaltes Mißtrauen, da er im jugendlichen Alter von noch nicht dreißig Jahren den Thron bestieg. Man befürchtete, daß unter ihm ein reactionaires Regiment anbrechen werde, in dem nur „Junker und Pfaffen" noch zur Geltung kommen könnten; man stellte heftige innere Kämpfe, Zurückdrängung des Parlamentarismus, Rückwärtsrevidirung der Verfassung und Gesetzgebung in Aussicht; man ging sogar bis zur Aeußerung unmittelbarer Kriegsbefürchtungen . . . Jahre vergingen; Jahre voll innerer Kämpfe, Zwistigkeiten, Stürme; Jahre, in denen der Pessimismus stellenweise Oberwasser zu gewinnen schien und die Freude am Errungenen, ja, die Freude am Dasein selbst zu erlöschen drohte. Und in all diesen Jahren des Rückschlags nach einer großen Zeit voll großer Thaten und großer Männer ist der Kaiser stets derselbe geblieben: ein Monarch, der in einem Alter, in welchem eine Unzahl von Männern gerade der bessern Stände noch nicht die volle sittliche Reife erlangt haben, sondern noch weit mehr dem Vergnügen als der Pflicht leben, sich mit einem Pflichtbewußtsein, für das kein Lob groß genug ist, und mit einem Eifer, der ohne Gleichen dasteht, den Aufgaben seines Berufes widmet; ein Monarch, der mit scharfem Auge alle Vorgänge des öffentlichen Lebens beobachtet, der alle brennenden Fragen der Zeit studirt, auf allen Gebieten menschlichen Strebens und staatlicher Wirksamkeit unausgesetzt anregend und zu zeitgemäßen Reformen drängend. Jeder Einseitigkeit fremd, hat er sich auf den breiten Boden zeitgemäßer, nicht im engen politischen, sondern im weiteren, besseren Sinne wahrhaft liberaler Anschauungen gestellt, mit einem Worte: er hat sich als einen Monarchen erwiesen, der mit seiner ganzen Erziehung und Bildung, mit seiner ganzen Welt- und Lebensanschauung, mit seinem ganzen Leben und Streben mitten in seiner Zeit steht und deren Forderungen versteht. Seine Versicherung, daß er ein Fürst des Friedens sein wolle, hat er durch sein Verhalten im Lauf der Jahre so fest erhärtet, daß selbst außerdeutsche Blätter ihn als Schirmherrn der Ruhe Europas preisen."

Die „Straßb. Post" führt weiterhin in interessanter Weise aus, daß dem Kaiser gerade diejenigen Kundgebungen, die man in Altdeutschland zuweilen tadelnd oder kritteln als „persönliches Regiment" zu bezeichnen liebe, von der eingeborenen Bevölkerung Elsaß-Lothringens niemals verdacht worden seien. Im Gegentheil, der Elsaß-Lothringer, der insonderheit durch die Napoleone an Monarchen mit starker Betonung der Persönlichkeit sich gewöhnt hätte, der Elsaß-Lothringer, der als Franzose stolz darauf gewesen sei, daß ganz Europa den Reden seines Kaisers lausche, der Elsaß-Lothringer habe aus seiner Vergangenheit heraus viel mehr Verständniß für einen Monarchen mit starken Aeußerungen der Individualität als wir Altdeutsche, die wir so lange Jahre hindurch an Kaiser Wilhelm I. eine über allen Parteien stehende, gewissermaßen unpersönliche Regierung gewohnt gewesen seien, daß wir uns in eine neue Eigenart nicht gleich zu finden vermöchten. Dabei sei noch daran zu erinnern, daß der Kaiser durch die Aufhebung des Paßzwanges sich thatsächlich die persönliche Dankbarkeit eines großen Theiles der einheimischen Bevölkerung des Reichslandes erworben habe. Und so trage die Begrüßung, die den Kaiser seitens des einheimischen Elements im Reichslande erwarte, einen durchaus aufrichtigen und insonderheit persönlichen Charakter, ein Umstand, der für die politische Würdigung nicht ohne Gewicht sei. — **Da Fürst Bismarck** im Reichslande begreiflicherweise die Popularität nicht genoß, die er in Altdeutschland sich erworben, so hat sein Rücktritt dort auch jene Wirkung nicht haben können, die er hier gehabt hat. Es ist also sehr wahrscheinlich, daß die „Straßb. Post" den Empfindungen und Anschauungen ihrer Landsleute den richtigen Ausdruck giebt. Um so mehr ist zu hoffen, daß der Kaiser auch bei seinem fünften Erscheinen im Elsaß neue moralische Eroberungen für sich selbst und das Reich gemacht hat.

„Amerika den Amerikanern! Fort mit allen Europäern und — Chinesen!" so hallt es jetzt in den Vereinigten Staaten von Nordamerikas wider. „Frankreich den Franzosen! Hinaus mit Allen, die nicht Eingeborene sind, mit Belgiern, Italienern, Spaniern und Deutschen!" so tönt es auch in dem „gastlichen" Frankreich von Mund zu Mund. Ist es da ein Wunder, wenn die Fremdenhatze auch in anderen — selbst kleineren — Ländern immer mehr in Schwung kommt? So hat jüngst auch das in Bukarest erscheinende, sich demokratisch nennende Blatt „Romanulu" die Vertreibung aller Fremden aus **Rumänien** verlangt, wobei auf die aus Ungarn eingewanderten Fremden besonderer Nachdruck gelegt ward. Hiergegen wendet sich mit vollem Recht der „Pester Lloyd" mit folgenden Ausführungen:

„Das rumänische Blatt droht geradezu mit einem rumänischen Nigues-Mortes, denn eines schönen Tages werde den Rumänen die Geduld reißen und da werde Alles aufgeboten werden, damit dieses Volk „nicht das Schicksal des gegen Fremde allzu toleranten Polen erleide". Schon der Hinweis auf Nigues-Mortes verräth, daß es sich hier wieder einmal um die in Rumänien zur Leidenschaft gewordene Nachäffung des Franzosenthums handelt. Da man in Frankreich die Fremden mit bewaffneter Macht angreift, muß man natürlich auch in Rumänien auf Aehnliches hinarbeiten, denn bekanntlich ist die Dimbovitza die Seine des Ostens und Bukarest die „ville lumière" des orientalischen Europa. Also rasch eine Fremdenhetze gemacht, um die innige Blutverwandtschaft, — was sagen wir? „Blutverwandtschaft?" — nein, um die Blutverwandtschaft zwischen dem französischen und dem ihm congenialen rumänischen Geiste nachzuweisen. Und daß bei einer Fremdenhetze die ungarischen Eindringlinge nicht verschont bleiben können, liegt auf der Hand. Denn diese aus Ungarn eingewanderten Dienstboten sind so unverschämt, sparsam zu leben, ihre erübrigten Groschen allmonatlich nach Hause zu schicken, um schließlich dem Lande den Rücken zu kehren und mit dem rumänischen Gelde sich daheim anzukaufen. Hinaus also mit ihnen, aber doch eine hohe Dienstbotentaxe über sie! So hetzt der demokratische „Romanulu" gegen ein Element, das in Rumänien fleißig arbeitet, ruhig lebt und die Gesetze des Landes achtet. Hingegen wird in Bukarest wüthend gegetzt, wenn die ungarische Regierung das **führende Raubthiergesindel der rumänischen Irredenta,** das in Siebenbürgen sein schamloses Handwerk bei hellem Tageslicht zu betreiben wagt, die und da einmal in seinen Bauen behelligt. Das ist dann ein barbarischer Einbruch in das Völkerrecht. Aber gegen solche, friedliche, lediglich ihrer Arbeit lebende Elemente hetzen, die dem Lande, das ihnen Gastfreundschaft bietet, nur Nutzen bringen: das ist völkerrechtlich correct und auch sonst im vollsten Einklange mit dem Gebote der Gesittung und der Billigkeit. Das ist die verrenkte Moral und die Narrenlogik der rumänischen Ultras."

So unrecht wird man dem ungarischen Blatte leider nicht geben können, und wir Deutschen wollen nur wünschen und es soll uns herzlich freuen, wenn die Ungarn stets und ausnahmslos sich bewußt sind, daß sie, um sich der französisch gesinnten rumänischen Irredenta kräftig zu erwehren, kein besseres Mittel haben, als wenn sie, dem Beispiel ihres Herrschers folgend, stets unentwegt zum Dreibund halten; denn in diesem liegt auch Ungarns starke Kraft.

Nach der endgiltigen Feststellung der **Abstimmung im englischen Oberhause** über die Homerulebill, deren Schicksal von vornherein selbst ihrem Urheber Gladstone nicht wohl zweifelhaft sein konnte, haben 419 Lords gegen und nur 41 für die Bill gestimmt, die Bill ist also mit überwältigender Mehrheit vom Hause der Peers, und zwar unter allgemeinem Jubel und langanhaltendem Beifall, verworfen worden. Beim Verlassen des Hauses wurden dem Lord Salisbury von mehreren tausend Personen dafür, daß besonders er durch seine zündende Rede die Bill zum Fall gebracht hat, stürmische Ovationen dargebracht. Die Niederlage Gladstone's ist um so empfindlicher und schwerwiegender, als unter den 41 Peers, die für die Bill stimmten, nicht weniger als 21 Mitglieder der Regierung sich befanden. Auf Monate hinaus wird nunmehr England und die Welt vor der irischen Homerule Ruhe haben und diese voraussichtlich erst im nächsten Jahre das englische Parlament wieder beschäftigen. Die unionistische Presse drückt die höchste Befriedigung über die große Mehrheit aus, mit der das Oberhaus der Vorlage vor der Hand ein Ende gemacht hat. Die „Times" glauben, die Entscheidung des Oberhauses werde von der überwiegenden Mehrheit des englischen Volkes und von den besten und vorgeschrittensten Elementen in den anderen Theilen des Königreiches bei den nächsten Wahlen bekräftigt werden. „Standard", „Morning Post" und „Daily Telegraph" sind ähnlicher Ansicht. Die „Daily News" sagen, nichts sei günstiger für den schließlichen Erfolg einer politischen oder socialen Reform in England, als eine große feindselige Mehrheit im Oberhause. Der radicale „Daily Chronicle" schreibt, wie bereits auf dem Drahtwege gemeldet, scharf gegen das Oberhaus, dessen Abschaffung, wie es sagt, nunmehr eine Forderung des radicalen Programms geworden sei. Der Artikel schließt: „Nieder mit dem Oberhause!" Diese Drohung wird indeß das Oberhaus kaum schrecken und der Bill wird, falls sie wiederkehrt, im nächsten Jahre von den Peers zweifellos dasselbe Schicksal wieder bereitet werden wie an dem denkwürdigen 8. September dieses Jahres.

Die Ernennung Sir Henry Norman's zum **Vicekönig von Indien** wird mit den **afghanischen Angelegenheiten** in Verbindung gebracht. Im Jahre 1880 empfahl Norman die Räumung von Kandahar; diejenige von Quetta wurde trotz seiner Befürwortung nicht vorgenommen. Damals schrieb er: „Es ist thöricht, anzunehmen, daß wir Quetta behaupten müssen, um uns gegen Rußland zu sichern. Das weiseste und gerechteste Verfahren wäre, Quetta dem Khan wieder zurückzugeben und damit zugleich auch den ganzen District Sibi. Mein dringender Rath ist, daß wir überhaupt nicht übereilt, sondern allmälig in der Absicht uns zurückziehen sollten, den Afghanen die Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten zu überlassen. Es wäre erst dann für uns Veranlassung einzugreifen, wenn sich die Afghanen mit den Russen gegen uns verbänden." Da gegenwärtig die Regelung der indo-afghanischen Grenzfragen auf der Tagesordnung steht, ist es von Werth, Norman auf den höchsten Posten in Indien zu heben; es scheint, als sollten dem Emir Zugeständnisse gemacht werden, damit sich dieser nicht Rußland nähere. Die britische Mission unter Sir Mortimer Durand, dem indischen Secretair für auswärtige Angelegenheiten, trifft in diesen Tagen bereits in Kabul ein, und man hofft in London auf eine befriedigende Lösung der Streitfragen.

Die Absichten der **französischen Politik in Siam** laufen, wie sich jetzt herausstellt, auf Einverleibung des ganzen Staates in die ostasiatische Machtsphäre der Republik hinaus. An dieser letzten Consequenz des combinirten maritimen und diplomatischen Vorgehens der Herren Humann und Le Myre de Vilers kann, so unglaublich sie anfangs erscheinen mochte, nunmehr kein Zweifel weiter bestehen. Wenn man in London sich gleichwohl noch die Mühe giebt, an die Möglichkeit der Erhaltung Siams als eines „Pufferstaates" zwischen den englischen und französischen Colonialgebieten Ostasiens zu glauben, so erklärt sich das einmal aus der Abneigung des Gladstone'schen Regiments, angesichts mißlicher Wendungen der auswärtigen Politik fest und entschlossen aufzutreten, andererseits auch wohl aus der geheimen Hoffnung, durch dilatorische Behandlung der siamesischen Schwierigkeit für sich selbst etwas zu gewinnen. In Paris hat man sich durch das Laviren der Londoner Staatsmänner indeß von der weiteren Verfolgung der errungenen Vortheile nicht abhalten lassen, sondern dem Geschäftsträger in Bangkok neue und umfangreichere Weisungen übersendet, die in dem Satze gipfeln: das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist. Unter der Hand stellt sich englischer Widerstand dem französischen Vorwärtsdrängen auf Schritt und Tritt entgegen. Die verdächtige Haltung Chinas wird von den Franzosen ohne Weiteres als das Ergebniß englischer Einflüsterungen betrachtet und als ein erneuter Ansporn, ohne Verzug in Siam reine Bahn zu machen, ehe chinesische Schwarzflaggen ihre für Frankreich ebenso kostspieligen als mörderischen Praktiken von Tonking nach dort verpflanzen können. Bei dieser Sachlage gewinnen die Andeutungen einiger Pariser Blätter, daß binnen Kurzem in Siam ein Staatsstreich zu gewärtigen sein dürfte, wenn der König und seine Minister nicht ihre bedingungslose Unterwerfung unter die Forderungen des Herrn Le Myre de Vilers vollziehen sollten, erhöhte Wahrscheinlichkeit. Noch einige Wochen, und in Siam setzt die trockene Jahreszeit ein. Der Wasserstand der Flüsse und Seen geht dann erfahrungsgemäß auf ein Niveau zurück, das jede entscheidende Bewegung der Flotte des Admirals Humann unmöglich machen und den Siamesen bezw. ihren Hintermännern freie Hand lassen würde, eine wirksame Gegenaction vorzubereiten. Diese Aussicht kann natürlich vom französischen Standpuncte aus nichts Einladendes haben, und man begreift, wenn die Pariser Staatsmänner je eher je lieber dem Streit dadurch ein Ende machen wollen, daß sie das strittige Object ganz und gar für Frankreich in Beschlag nehmen.

In der **serbischen** Hauptstadt ist in den letzten Tagen eine aus allen Theilen des Landes beschickte Priesterversammlung zusammengetreten. Diese Versammlung liefert, wenn nicht Alles trügt, den unwiderleglichen Beweis, daß auch der serbische Klerus mit dem russenfreundlichen Haupte der serbischen Kirche nicht so einverstanden ist, wie man hier und da die Welt hat glauben machen wollen. Die Versammlung tagt zwar unter dem Vorsitz dieses ihres Hauptes, des Metropoliten Michael, doch herrscht gleichwohl in ihrem Schooße eine ungemein gereizte Stimmung gegen diesen obersten Würdenträger der orthodoxen Kirche in Serbien. Das radicale und das liberale Popenthum stehen einander mit großer Erbitterung gegenüber. Schon in der Skupschtina haben die radicalen Popen bei jeder Gelegenheit ihrem Unwillen gegen den Metropoliten in den heftigsten Worten Luft gemacht, und man kann sich denken, daß sie auch in der jetzt zusammengetretenen Priesterversammlung kein Blatt vor den Mund nehmen. Die radicale Presse thut das Ihrige, um die Stimmung gegen den Metropoliten zu schüren. Der „Dnewni List" nennt den Metropoliten einen liberalen Partisan, der nicht länger an der Spitze der serbischen Kirche verbleiben dürfe. Die Stellung des Metropoliten ist jedenfalls eine recht schwierige, besonders nachdem Ristitsch und Belimarkowitsch, die seinerzeit das Meiste zu seiner Zurückberufung beigetragen haben, heute gefallene Größen sind, die ihm keinen Schutz gegen den radicalen Ansturm gewähren können. Nur noch der russische Einfluß ist es, der ihn über Wasser hält, aber auch dieser kann über Nacht den Dienst versagen.

Deutsches Reich.

△ **Berlin,** 10. September. Ein Aufsatz des Berliner Privatdocenten Dr. Oldenberg in Nr. 35 der „Blätter für sociale Praxis" (Frankfurt a. M., Baer's Verlag) unternimmt den Nachweis, daß die neue Fassung der Gewerbeordnung von 1891 der Ortspolizei das Recht gebe, in ihrem Bezirke einen Maximalarbeitstag für solche Arbeiter anzuordnen, in deren Betrieben eine der Gesundheit nachtheilige Arbeitsdauer üblich ist. Bekanntlich hat die gleiche Befugniß für das ganze Reichsgebiet der Bundesrath durch §. 1200 der neuen Gewerbeordnung bekommen, und es ist ja bereits die neu geschaffene Reichscommission für Arbeiterstatistik in voller Arbeit, um einen Gebrauch dieser Befugniß vorzubereiten. Es leuchtet ein, daß neben der generellen bundesräthlichen Thätigkeit auch jene örtliche Regulirung Raum finden und den größten Nutzen stiften kann, wenn sie sich, wie der Artikel mit Recht hervorhebt, auf das (der auswärtigen Concurrenz nicht preisgegeben) locale Handwerk beschränkt. Gerade in den kleineren Orten vieler Gegenden sind herkömmlich einzelne Zweige des Handwerks mit einer abnormen Länge der täglichen Arbeitszeit belastet, die fast ebenso wirthschaftlich irrationell wie im Interesse der betroffenen Arbeiter zu bedauern ist und theilweise auch von den Arbeitgebern selbst als lästige Fessel empfunden wird. Wenn die Beweisführung des genannten Artikels Zustimmung findet, so wäre es zu wünschen, daß allerorts die für das Gemeinwohl interessirten Persönlichkeiten, namentlich Aerzte, Geistliche, Juristen, Arbeitgeber den Erlaß von Polizeiverordnungen über die zulässige Arbeitsdauer in geeigneten Fällen anregen helfen. Schon im Interesse einer gleichmäßigen Behandlung von Industrie und Handwerk erscheint ein ausgiebiger Gebrauch jener Befugniß erwünscht.

* **Berlin,** 10. September. Die „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" bringt einen gebarnischten Artikel, in welchem sie sich darüber beschwert, daß zu dem Sachverständigenbeirath für die deutsch-russischen Verhandlungen Vertreter des Bundes nicht zugezogen seien, und wiederholt die schon früher aufgestellte Forderung, „daß zu den deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen auch landwirthschaftliche Sachverständige in den Beirath zu wählen sind. Denn da die Höhe des landwirthschaftlichen Zolles die Grundlage für die übrigen Tarifsätze bildet, so liegt es klar auf der Hand, daß der Rath von sachkundigen Landwirthen darüber einzuholen ist, ob jener Zoll den Lebensbedingungen der Landwirthschaft entspricht oder zuwiderläuft. Wie der Bund der Landwirthe, so ist auch der deutsche Landwirthschaftsrath darum anzugehen, geeignete Herren für den Sachverständigenbeirath der Regierung zu bezeichnen. Unterläßt dies die Regierung, so wird die Landwirthschaft ja wissen, wie sie mit ihr daran ist. Die Landwirthschaft wird dann wissen, daß der am meisten staatserhaltende Stand von der Regierung eben nichts zu erwarten hat." — Die „Nordd. Allgemeine Zeitung" druckt diesen Angriff gegen die Regierung ohne jeden Commentar ab. Dagegen schreibt man der „Schles. Zeitung" über den in Rede stehenden Beirath „auf Grund zuverlässiger Erkundigungen" aus Berlin: „Der Beirath wird sich als eine im Reichsamt des Innern ad hoc gebildete Commission darstellen, in der zunächst die Ressorts und die Bundesregierungen vertreten sind und die zur Unterstützung bei Wahrnehmung der Gesammtinteressen dient. Dabei ist die Möglichkeit ins Auge gefaßt, in dem Beirathe Vertrauenspersonen und Sachverständige der einzelnen Interessentenkreise — aus Landwirthschaft, Industrie und Handel — zu hören. Wie sich hieraus ergiebt, bietet sich kein Anhalt für die Annahme, daß in dem Beirath die wirthschaftlichen Interessen einseitig vertreten sein werden."

— In der Begleitung des **Kaisers** bei dem Aufenthalte in **Ungarn** wird sich als Vertreter des Auswärtigen Amts der Geheime Legationsrath von **Kiderlen-Wächter** befinden.

— Der Finanzminister Dr. **Miquel** beabsichtigt, im Laufe der nächsten Woche von Scheveningen wieder hier einzutreffen und die Amtsgeschäfte zu übernehmen. Von seiner Anwesenheit verspricht man sich eine kräftige Einwirkung auf den Verlauf der Berathungen der Steuerconferenzen im Reichsschatzamt, obgleich er nicht unmittelbar und persönlich an ihnen Theil nehmen dürfte. Bisher ist, wie die „Voss. Ztg." erfährt, eine Klärung der auseinander gehenden Meinungen noch nicht erzielt.

— Der frühere preußische Gesandte beim Vatican, Wirkl. Geh. Rath von **Schlözer,** hat seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt, um sich hier wissenschaftlichen Studien zuzuwenden. Durch die Zeitungen gehen jetzt, theils unter Hinweis auf italienische Blätter, theils nach hiesigen Localblättern, Angaben, denen zufolge Herr von Schlözer von der Veröffentlichung einer Schrift über den Vatican Abstand genommen hat, „weil ihn ein höherer Wille zu schweigen genöthigt". Diese Nachrichten kann die „M. Z." nach Erkundigungen an betheiligter Stelle als **leere Erfindungen** bezeichnen.

— Der italienische Minister **Genala** ist über Warnemünde nach Kopenhagen gereist, um die Hafenarbeiten zu besichtigen. Der Minister wird am nächsten Montag Kopenhagen wieder verlassen und sich von dort nach Kiel begeben, woselbst er am Dienstag den Nord-Ostsee-Canal in Augenschein nehmen wird. Dienstag Abend wird der Minister nach Berlin zurückkehren und sich hier noch 2 bis 3 Tage aufhalten, um die Stadtbahn und sonstige Eisenbahn-Einrichtungen zu besichtigen.

— Dem zum Consul der Vereinigten Staaten von Amerika in Mannheim ernannten Herrn **Max Goldfinger** ist das **Exequatur** Namens des Reichs ertheilt worden.